



Resolution

Es reicht – gegen sexistische und frauendiskriminierende Kommentare im Netz

Der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. (LFRN) bittet die Landesregierung in eigener Zuständigkeit oder über den Bundesrat folgendes sicher zu stellen:

- Die Erfassung und Erforschung der Daten zu Hassreden sowie die gesonderte Ausweisung frauendiskriminierender Äußerungen
- Ein schnelles Löschen frauendiskriminierender Äußerungen, möglichst innerhalb von max. sechs Stunden
- Ein Hilfportal für Opfer sexistischer Gewalt und Cybermobbing im Netz
- Die strafrechtliche Verfolgung strafrechtlicher Inhalte auch in der Online-Welt
- Die Verpflichtung, in öffentlich-rechtlichen und möglichst auch privaten Online-Medien ausschließlich mit Klarnamen kommentieren zu können (analog zu Printmedien)
- Eine umfangreiche Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sowie ein Unterrichtsfach „Medienkompetenz“ im gesamten Sekundarbereich I.

Weiterhin werden die Mitgliedsverbände des LFRN aufgefordert, Gegenwehr zu leisten:

- Stehen Sie den Opfern bei
- Schließen Sie sich der Bewegung „Dagegenhalten“ an: Dagegenhalten, wenn andere beleidigen
- Melden Sie frauendiskriminierende Inhalte den Plattformbetreibern
- Zeigen Sie strafrechtlich relevante Inhalte im Internet an – z.B. online bei www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de

Begründung:

Soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter etc. sowie Online-Medien mit Kommentarfunktion (z.B. auf den Internetseiten der öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanbieter oder der Zeitungen) gewinnen als wichtige Transporteure öffentlicher Meinungen immer größere Bedeutung. Oft wird ausführlich und leidenschaftlich über die Beiträge diskutiert – von Politikmüdigkeit an dieser Stelle keine Spur. Genau wie in Leserinnen- und Leserbriefen in den Printmedien werden im Internet viele unterschiedliche Meinungen vertreten. Was sich unterscheidet ist, dass online bei manchen Menschen – oft, aber längst nicht immer unter dem Mantel eines anonymen Accounts – offenbar alle Schranken fallen. Beim Lesen der Kommentare stößt man schnell auf oft unerträgliche Verunglimpfungen und Hassreden. „Der Hass richtet sich gegen so ziemlich jede und jeden, [...], Flüchtlinge, Andersdenkende, Radfahrer, Autofahrer, Politiker, Medien ...“. (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 30.6.2016). Aber: Die besondere Problematik sexistischer Gewalt in den frauendiskriminierenden Äußerungen im Internet wird selten thematisiert. Auch in dem jüngst erschienenen Beitrag in der HAZ oder dem ebenfalls dort veröffentlichten Interview mit der Niedersächsischen Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz wird diese besondere Art der Diskriminierung nicht erwähnt. Kein Wunder also, dass auch in den Plänen von Bundesjustizminister Heiko Maas, nach denen soziale Medien verpflichtet werden sollen, Hasskommentare schneller zu löschen, diese spezielle Thematik nicht vorkommt. Dabei sind z. B. von den 10 am häufigsten bedrohten Journalist/innen auf der Website des britischen „Guardian“ acht weiblich.

Hannover, 22. Oktober 2016

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0